

- [Unerwartet harmonisch - Synode in Nürnberg \(Achim Schmid, Redakteur im Evangelischen Pressedienst \(epd\) Bayern\)](#)
 - [Schönheitsreparaturen und Kontaminierte Pfarrhäuser - Pfarrerkommission \(Johannes Schuster, Coburg\)](#)
-

Unerwartet harmonisch - Synode in Nürnberg

Achim Schmid, Redakteur im Evangelischen Pressedienst (epd) Bayern

Landessynode und Kirchenleitung sind sich auf der Nürnberger Herbsttagung sichtlich nähergekommen: Während gewöhnlich die Oberkirchenräte von einer Art scharf abgesetzten Regierungsbank das synodale Geschehen verfolgen, sassen sie jetzt in Reih und Glied direkt neben den Synodalen - der Historische Saal des Nürnberger Rathauses liess keine andere Sitzordnung zu. Aber auch über diese augenfällige Tuchfühlung hinaus demonstrierten Kirchenparlament und Kirchenleitung immer wieder einen engen Schulterschluss: Mit breitem Konsens und ohne Profilierungsversuche wurden an traditionsreicher Stelle - immerhin nahm in diesem Saal 1525 die Reformation in Nürnberg ihren Anfang - eine Grundsatzklärung zum Schwerpunktthema »Christen zu Juden«, eine Kirchenreform für den Ballungsraum München und der Haushalt verabschiedet.

Zu einem im Vorfeld eher nicht erwarteten Höhepunkt in der Geschichte der Landessynode wurden die Beratungen über das Thema »Christen und Juden.« Dank der vorzüglichen Vorbereitung vor allem durch Dekan Johannes Friedrich und einer über weite Strecken geglückten Regie nahm sich die Synode mit grossem Ernst und Sachverstand des wohl schmerzlichsten und in vielen Bezügen noch immer nicht aufgearbeiteten Kapitels in der Geschichte der Landeskirche an. Äusserst hilfreich war schliesslich auch, dass sich die Verfasser des Gemeinsamen Worten nicht übernommen haben und etwa die Problematik der Judenmission, den diffizilsten Aspekt des ohnehin schwierigen Themenkomplexes, bewusst ausgeklammert hatten. Dass es über diese Frage dann doch nicht zu dem von vielen Skeptikern befürchteten Konflikt kam, war in erster Linie das Verdienst des Landesbischofs. In einer engagiert vorgetragenen Rede, die immer wieder grundlegende theologische Aussagen mit individueller Biographie verknüpfte, sprach sich Loewenich mit guten Argumenten und grosser persönlicher Glaubwürdigkeit gegen die Judenmission aus. Nach der Rede Loewenichs und dem ebenfalls beeindruckenden Beitrag von Ignatz Bubis, der ohne Polemik für einen Dialog über Gräber und Gräben hinweg warb, sorgte ein heilsamer Zeitdruck dafür, dass die Synode diesen Höhepunkt nicht zerredete: Am Abend stand ein Besuch der Nürnberger Synagoge auf dem Programm, der schon aus Respekt gegenüber den Gastgeber Pünktlichkeit gebot. Deshalb verabschiedete die Synode mit nur einer Enthaltung, die eher auf formale Gründe zurückging, die Nürnberger Erklärung, in der die gemeinsamen biblischen Wurzeln von Juden und Christen beschrieben, die schrecklichen Irrtümer und Versäumnisse der Christen beim Namen genannt und konkrete Möglichkeiten der Weiterarbeit aufgezeigt werden: Schulbücher und Lehrpläne sollten überarbeitet werden, in Konfirmanden- und Jugendarbeit soll diese Thematik Beachtung finden, ein Mal im Jahr könnte ein »Israel-Sonntag« ausschliesslich dem Verhältnis zwischen Christen und Juden gewidmet sein.

Neben dieser längst fälligen Aufarbeitung und Darstellung geschichtlicher Schuld sah die Synode aber genauso zielgerichtet und energisch in die Zukunft. Dabei redete Hermann von Loewenich in seinem traditionellen Bi-schofsbericht einer dezidiert »frommen« Kirche das

Wort, die sich bewusst und innovativ wieder auf ihre geistlichen Kernaufgaben besinnt. Um auch weiterhin in einer immer pluraler ausgeformten Gesellschaft bestehen zu können, brauche die Kirche eine grundlegende »Akzentverschiebung« hin zu Mystik, Spiritualität und Frömmigkeit. Dazu gehöre auch, Lebenserfahrung und Glaubensaussagen wieder stärker in Einklang zu bringen, und als Christen auch im Alltag sprachfähig zu werden. Kirche und Ihre Mitarbeiter müssten wieder lernen, selbstverständlich über Gott zu reden: »Nicht selten habe ich den Eindruck, dass dies lange Zeit gerade unter kirchlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen tabuisiert worden ist«, bedauerte der Bischof.

Den Pfarrern legte Loewenich ans Herz, dass die Seelsorge eine Hauptaufgabe jedes Gemeindepfarrers bleiben müsse. Wie er weiter ausführte, sollte der Gottesdienst wieder zum »Markenzeichen« der Kirche werden. Eine neugeschaffene »Arbeitsstelle Gottesdienst« werde Pfarrern, Kirchenmusikern und Mesnern dabei praktische Hilfestellungen geben. Obwohl Loewenich nachdrücklich gegen das »sola structura« ein nahezu bekenntnishaftes »sola fide« setzte, braucht die Kirche eben auch Strukturen, um ihre religiöse Angebote konkret werden zu lassen. Auch hier durchschlug die Synode beherzt einen kleinen gordischen Knoten: Mit der notwendigen Zweidrittel - Mehrheit verabschiedete sie das »München - Gesetz«, das, fussend auf den bundesweit beachteten McKinsey - Erhebungen, eine Neuorganisation und Auf-splitting der Dekanatsbezirke in München vorsieht, um so gezieltere Angebote machen zu können und näher an die Menschen heranzukommen, wie der erleichterte Kreisdekan Martin Bogdahn sagte. Die Synode bescherte ihm sozusagen einen ganz speziellen Tag: Nicht nur das München-Program wurde endlich auf den Weg gebracht, sondern eine Pfarrerin aus seinem Kir-chenkreis zur ersten bayerischen Ober-kirchenrätin ernannt. Die Berufung der Holzkirchner Pfarrerin Greiner fiel darüberhinaus just mit der Verabschiedung eines umfassenden »Aktionsplans« zusammen der die Gleichstellung der Frauen innerhalb der Kirche voranbringen soll.

Sichtlich entspannt war aber auch Fi-nanzreferent Claus Meier. Er konnte der Synode einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, der nicht durch den Griff in die Rücklage, Neuverschuldung oder durch harsche Sparmassnahmen ausgeglichen werden muss. Wie der Kirchen - Kämmerer mit berechtigtem Stolz betonte, hat die Landeskirche selbst in den Jahren eigener finanzieller Engpässe grosse Verantwortung für den Arbeitsmarkt bewiesen: Von 1990 bis 1997 hat sie rund 500 Millionen Mark aufgewandt, um Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen, wurde die Stellenzahl in Kirche und Diakonie um fast 50 Prozent aufgestockt. Allerdings bietet die stabile Finanzlage, wie Meier immer wieder sagte, keine generelle Entwarnung, sondern nur die Möglichkeit, vor den Stürmen der geplanten Steuerreform Kräfte zu sammeln.

Dieser Ernst der Lage wurde auf der Nürnberger Synode vor allem den Werken und Diensten in freier Trägerschaft deutlich: Wie der Synodale Christian Früh dem Kirchenparlament vorrechnete, müssen die freien Träger im Rahmen der Stellenplanung der »überparochialen Dienste« 6,88 Millionen Mark einsparen, was rund 65 Personalstellen entspreche. Angesichts dieser Zahlen regte »Sozialpfarrer« Hans - Ger-hard Koch an, die »Rechtsver-pflichtungen« der freien Träger gegenüber ihren Angestellten bei der Bemessung der landeskirchlichen Zuschüsse zu berücksichtigen. Diese Forderung komme jedoch, wie Finanzreferent Meier hervorhob, einem grundlegenden »Paradigmenwechsel« gleich: Wenn die Rechtsverpflichtungen der freien Träger bei Mittelkürzungen berücksichtigt werden sollen, sei es nur legitim, wenn die Kirchenleitung dann wiederum »Erkenntnisse« darüber haben wolle, wer diese Personalkosten in den jeweiligen Bereichen festsetze und die Stellen genehmige.

Ausser dem obligatorischen Bischofsbericht und den üblichen Haushaltsdebatte gab es auch bei der Nürnberger Synodaltagung wieder Überraschungen am Rande. So bekannte sich der Synodale Beckstein während der Abendsitzung, bei der vor allem Synodalpräsident Haack munter und in gewohnter geistiger Frische den nächtlichen Beratungen folgte, als

glühender Anhänger von Basisdemokratie und Kirchenvolks-ent-scheid. Im Gegensatz zu früher sei er, Beckstein, ein »engagierter Verfechter« den kommunalen Bürgerent-scheid. Auch der Einwand, dass in der Kirche nicht das Volk, sondern Gott der Souverän sei, fruchtete bei Beckstein nicht: »Es ist richtig, dass unser Souverän Gott ist, aber der äussert sich nicht Immer so eindeutig«, sagte der Minister und sorgte dafür, dass in der Kirche weiter über Volksentscheide diskutiert wird.

Rand- und Nebenthemen zusammen genommen, fällt das Fazit der Nürnberger Synodaltagung eher erfreulich aus: Trotz aller Verkrustungen und Behäbigkeiten, trotz aller Finanzsorgen und Akzeptanzprobleme hat die Kirche doch noch Kraft, Substanz und Zuversicht, offensiv schlimme Altlasten der Vergangenheit zumindest anzugehen und in geschlossener Ordnung in die Zukunft zu gehen. Deutlich wurde aber auch, dass auf allen Feldern die Arbeit jetzt erst so richtig beginnt - häufig in vermeintlichen Einzelfragen. Im Bereich »Christen und Juden« muss endlich die Rolle von Bischof Meiser zwischen Anpassung und Widerstehen deutlich gemacht werden. In der Stellenplanung muss vor allem bei den überparochialen Diensten ein fairer und sozialverträglicher Ausgleich zwischen den notwendigen Planstellen und den geschrumpften finanziellen Möglichkeiten gefunden werden. Vor allem aber muss die Kirche ein Profil entwickeln, das sie im pluralen Konzert des nächsten Jahrtausend attraktiv für die Menschen macht.

Achim Schmid, Redakteur im Evangelischen Pressedienst (epd) Bayern

[TOP](#)

Schönheitsreparaturen und Kontaminierte Pfarrhäuser - Pfarrerkommission

Johannes Schuster, Coburg

Die Mitglieder der Pfarrerkommission wurden vom Hauptvorstand des Pfarrer- und Pfarrerrinnenvereins im Laufe dieses Jahres neu gewählt. Da Bernd Eisenhuth nicht mehr kandidierte, ist so-mit auch für den Bericht aus der Pfarrerkommission für das Korrespondenzblatt eine Lücke entstanden. Ich werde nun versuchen diese Lücke zu schliessen und bitte um Nachsicht, wenn mir dies nicht auf Anhieb gelingen sollte.

Die letzte Sitzung der Pfarrerkommission war insofern mit einem Handicap versehen, weil die Oberkirchenräte Dr. Böttcher, Peschke und Dr. Tröger die Sitzung wegen dringender anderer Termine vorzeitig verlassen mussten.

1. Kontaminierte Pfarrhäuser

Es handelt sich dabei um 220 Objekte, davon sind 204 Pfarrhäuser. In den meisten Fällen wurde der Dachboden staubdicht versiegelt. Bisher wurden von Seiten der Landeskirche 2,75 Millionen DM unabhängig von den Sanierungskosten ausgegeben für die Anmietung von Ersatzwohnungen, Untersuchungen, Kuraufenthalte und den Ersatz von Hausrat, Büchern, etc. Es wurde betont, dass Schadensersatz nur geleistet werden kann, wenn der Nachweis der Entsorgung oder eine Gefahr für die Gesundheit vorliegt.

Die Chance von Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderungen gegenüber den Herstellern der Holzschutzmittel werden eher gering eingeschätzt. Ein Verschulden ist nur schwer nachzuweisen. Bis jetzt wurde diesbezüglich noch nichts bezahlt. Die Landeskirche möchte auch keine Präzedenzfälle schaffen, weil das ein Fass ohne Boden wäre. Die Kirche müsste einen ihrer Ansicht nach nicht erfolgversprechenden Prozess gegen die Herstellerfirma bezahlen. Die Landbauämter haben damals nichts gegen die Verwendung von PCP und Lindan gesagt und ein Kausalzusammenhang ist praktisch nicht nachweisbar.

Sieben Pfarrhäuser wurden von der Kirche noch nicht saniert. Bei Pfarrhäusern mit staatlicher Baupflicht verlangt der Staat die Garantie, dass die Pfarrerin bzw. der Pfarrer wieder ins Pfarrhaus einzieht als Voraussetzung für die Sanierung. In einigen Fällen weigert sich die

Pfarrerin bzw. der Pfarrer, in das sanierte Pfarrhaus wieder einzuziehen. Das ist nachvollziehbar, aber dann muss die Stelle gewechselt werden, was von den betroffenen Personen teilweise auch abgelehnt wird.

Es wurde betont, dass die Kirche mehr getan hat als der Staat in vergleichbaren Fällen und sie so ihrer Fürsorgepflicht nachgekommen ist. Das subjektive Empfinden der Geschädigten: »Die Kirche hat meine Gesundheit kaputt gemacht« ist bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar. OKR Dr. Böttcher plant ein persönliches Treffen mit den Geschädigten Anfang 1999.

2. Schönheitsreparaturen in Pfarrhäusern

Die Evangelische Kirche in Kurhessen-Waldeck hat eine Verordnung erlassen, nach der die Inhaber von Dienstwohnungen an den Kosten für die Schönheitsreparaturen beteiligt werden sollen. Dabei können die Dienstwohnungsinhaber wählen, ob sie die Schönheitsreparaturen selbst fachgerecht ausführen oder einen entsprechenden Zuschlag an den Dienstwohnungsgeber entrichten wollen.

Auch in Bayern gibt es Überlegungen in diese Richtung. Eine LKA-interne Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen, die die Instandsetzungsrichtlinien überarbeiten soll und die bereits zweimal getagt hat. Es ist daran gedacht, die Richtlinien durch eine Ordnung zu ersetzen, in der die Rechte und Pflichten der Dienstwohnungsinhaber festgelegt werden. Die Angelegenheit befindet sich erst in der Planungsphase und ein Entwurf liegt noch nicht vor, aber möglicherweise werden 0,50 DM/qm/Monat pauschal als Beteiligung an den Schönheitsreparaturen angesetzt.

Die Kommissionsmitglieder haben diesen Vorschlag strikt abgelehnt: Pfarrer werden gezwungen, im Pfarrhaus zu wohnen. Das ist grundsätzlich auch sinnvoll, weil das Pfarrhaus eine grosse Bedeutung für den Gemeindeaufbau hat. In den letzten Jahren kamen an zusätzlichen Kosten die steuerliche Belastung, Kosten für Wasser, Kanal und Müll hinzu. Scheibchenweise wird das Pfarrhaus immer stärker belastet und somit immer unattraktiver. Falls die Landeskirche mit dieser Massnahme Kosten einsparen möchte, so ist das auf diesem Wege nicht vermittelbar. Solche Regelungen tragen nur zur Demotivation der Pfarrerinnen und Pfarrer bei. Ausserdem kann eine Pfarrerin bzw. ein Pfarrer nicht wie andere Arbeitnehmer sich ein Haus bauen und so Wohneigentum bilden.

Von Seiten des Landeskirchenamtes wurde betont, dass die steuerliche Behandlung der Pfarrhäuser in Bayern besonders günstig wäre im Vergleich zu anderen Bundesländern. Wenn keine Leistungen für die Schönheitsreparaturen verlangt würden, dann bestünde die Gefahr, dass die Finanzämter die steuerliche Bewertung noch erhöhten. Ausserdem ist das Dienstwohnungsrecht ein altes System, das jetzt angepasst werden sollte.

Die Mitglieder der Pfarrerkommission blieben bei der strikten Ablehnung dieses Vorhabens.

3. Neue Aufnahmeprüfungsordnung

Durch die Einführung der Zwischenprüfung, die eine Entlastung für das 1. Examen bringen sollte, wurde eine Änderung der Aufnahmeprüfungsordnung notwendig. Der Hauptforderung der Kommission, dass im 1. Examen zwei Klausuren wegfallen sollen, wurde nicht entsprochen. OKR Birkhölzer sagte, dass das Niveau der Klausuren in der Zwischenprüfung viel niedriger sei als in der Aufnahmeprüfung. Eine Klausur weniger sei eine deutliche Entlastung. Die weiteren Änderungsvorschläge der Pfarrerkommission wurden teilweise aufgenommen und einige geplante Verschärfungen zurückgenommen. Die Fakultäten haben ihre Stellungnahmen bereits abgegeben und die neue Ordnung wird wohl im Frühjahr 1999 in Kraft treten.

4. Vorbereitungsdienst

Eine Wahlmöglichkeit zwischen einer Anstellung auf beamtenrechtlicher Basis oder auf Angestelltenbasis im Vorbereitungsdienst lehnt der LKR ab. Er befürchtet den Verlust von gezahlten Sozialbeiträgen, wenn diese Personen später dann doch verbeamtet werden. Es wurde eine Tabelle vorgelegt, aus der hervorgeht, dass das Netto-Gehalt auf

Angestelltenbasis um ca. 500,- DM unter dem von Beamten liegen würde. Diese Ungleichheit möchte der LKR vermeiden. Ausserdem ist es nach wie vor das Ziel, alle geeigneten Personen zu übernehmen. Die Pfarrerkommission hat sich dieser Argumentation angeschlossen.

5. Ausschreibung von Pfarrstellen in der Diakonie

Die Pfarrerkommission ist zum Teil der Ansicht, dass Stellen in der Diakonie unter der Hand vergeben werden. Es muss ein Verfahren gefunden werden, dass diese Stellen so wie andere auch ausgeschrieben werden. Ausserdem gibt es im Bereich der Besoldung erhebliche Abweichungen. Das Landeskirchenamt hat zugesagt, diese Problemanzeige aufzugreifen.

Johannes Schuster, Pfarrer in Coburg

[TOP](#)
